

Antrag auf Genehmigung einer Ausnahme zum Einzugsbereich eines Fachklassenstandortes im Freistaat Sachsen gemäß § 25 Absatz 5 SächsSchulG

Die erste Seite ist durch den Antragsteller auszufüllen.

Name, Vorname	
geb. am (TT.MM JJJJ)	
Anschrift Hauptwohnsitz: <i>(nach § 21 Absatz 2 Bundesmeldegesetz)</i>	
Ausbildungsberuf:	
Ausbildungsbeginn: (MM JJJJ)	
Anschrift des Ausbildungsbetriebes:	
Zuständiges Berufliches Schulzentrum (Pflichtschule):	
Gewünschtes Berufliches Schulzentrum (Wunschschule):	

Begründung für den Wunsch, ein Berufliches Schulzentrum (BSZ) außerhalb des Zuständigkeitsbereiches zu besuchen (Bitte entsprechende Nachweise beifügen):

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Besondere soziale Umstände | <input type="checkbox"/> Verkehrsverhältnisse |
| <input type="checkbox"/> Betriebliche Verbundausbildung* | <input type="checkbox"/> andere Gründe (Einzelfall) |

Ausführliche Begründung (ggf. auf einem gesonderten Blatt darstellen):

* in Abstimmung mit dem Ausbildungsbetrieb

Die angefügte Information über die Erhebung personenbezogener Daten mit Kenntnis oder unter Mitwirkung des Betroffenen nach Artikel 13 der Datenschutz-Grundverordnung habe ich zur Kenntnis genommen.

Datum, Unterschrift der/des Auszubildenden (bei minderjährigen Auszubildenden die Unterschrift der Eltern)

Entscheidung über den Antrag

(nicht durch die Antragstellerin oder den Antragsteller auszufüllen):

Die beantragte Genehmigung wird durch die **Wunschschule**

erteilt.

nicht erteilt.

Verbundausbildung – zeitlich und organisatorisch passfähig

Verbundausbildung – zeitlich und organisatorisch nicht passfähig

sonstige Tatbestände (siehe Begründung)

Begründung:

Datum, Unterschrift Schulleiter/in

(Stempel)

Das **Landesamt für Schule und Bildung** stimmt der o. g. Genehmigung:

zu.

nicht zu.

Begründung für die Nichterteilung der Zustimmung:

Datum, Unterschrift Bearbeiter/in

(Stempel)

Anlage zum Antrag auf Genehmigung einer Ausnahme zum Einzugsbereich eines Fachklassenstandortes im Freistaat Sachsen gemäß § 25 Absatz 5 SächsSchulG

(von einer bevollmächtigten Vertreterin oder einem bevollmächtigten Vertreter des Ausbildungsbetriebes auszufüllen)

Die/der Auszubildende beantragt,
Vorname, Name

im Rahmen der Ausbildung zur/zum
Ausbildungsberuf

anstelle des BSZ
Pflichtschule

den Besuch des BSZ
Wunschschule

Die Antragstellung wird durch die bevollmächtigte Vertreterin oder den bevollmächtigten Vertreter des Ausbildungsbetriebes

befürwortet.

nicht befürwortet.

Stellungnahme des Ausbildungsbetriebes

(bei Beantragung aufgrund betrieblicher Verbundausbildung zwingend erforderlich):

Datum

(Stempel)

Vorname, Name
in Vertretung des Ausbildungsbetriebes